

AR-Joem - 028-31

מצאי: 4480

כרטיס מצאי: 49656

מחשב: S3627

17

גליון של כתב העת

(MB) Mitteilungsblatt

ביטאון של "ארגון יוצאי מרכז

אירופה".

מס' 36 תאריך 12.9.1975

EINE BEN GURION-
STRASSE IN FRANKFURT

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat einen Strassenzug in den Ortsteilen Bonames und Niedereschbach, auf der Strecke nach Bad Homburg, „Ben Gurion-Ring“ genannt. Damit ist in Frankfurt die Sympathie für den Staat Israel zum ersten Male in dieser Form zum Ausdruck gebracht worden.



דמי החזרה מוכסחים ת"א, ת.ד. 1480	P.P. שולם תל-אביב-יפו Tel-Aviv-Yafa 182
--	--

ידועות של ארגון עולי מרכז אירופה
Wochenzeitung des Irgun Olej Merkaz Europa

Tel-Aviv • P.O.B. 1480 • Jahrgang XLIII • Nr. 36 • Preis IL 1.50 • 12. Sept. 1975 • 7 חסרי חסליו

EIN VERTRAG MIT VIELEN KLAUSEN

Wenn Kissinger sich Metternich zum Vorbild genommen hat und den Fürsten, der zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine Friedensordnung für Europa zustandebrachte, die mehrere Jahrzehnte Bestand hatte, bewundert und fast beneidet, so nicht nur um dessen staatsmännischen Klugheit und Fähigkeiten willen, sondern auch wegen seiner Taktik und Methode. Welch' goldene Zeiten waren das doch für Diplomaten, als sie sich nicht jeden Tag — und manchmal sogar mehrmals am Tage — den Reportern und Fernseh-Kameras zu stellen und vor der mitlauschenden Weltöffentlichkeit auf Fragen zu antworten hatten, die sie gar nicht beantworten konnten, wollten sie den Fortgang der Verhandlungen und ihr Endergebnis nicht gefährden! Unter diesen Umständen ist es fast als ein Wunder zu bezeichnen, dass das äusserst komplizierte Abkommen mit Ägypten samt seinen nicht minder wichtigen, die USA als eine Art Kopartner einbeziehenden Annexen überhaupt zustande kam. Das seinerzeit von amerikanischen Präsidenten Wilson aufgestellte Prinzip, in bewusster Abkehr von der alten Geheimdiplomatie in Zukunft Abmachungen nur noch offen auszuhandeln und ihren Inhalt dann bekannt zu geben („open covenants openly arrived at“) wurde in unseren Tagen auf die Spitze getrieben. Die Gegner des Abkommens, die gewichtige Gründe ins Treffen führen können, mussten immer wieder beschwichtigt werden. Mangels eines eigenen Informationsministeriums hatten die drei Mitglieder des israelischen ministeriellen Verhandlungsteams die zusätzliche Aufgabe, von Tag zu Tag erneut zu erklären, dass man zwar wiederum ein Stück vorwärts gekommen sei, dass aber noch einige wichtige Punkte zu klären seien. Aber das Abkommen selbst ist

Schweigende Mehrheit-lärmende Ultras

keine Illusion. Dass die Regierung Rabin einer Schimäre nachjagt, indem sie für Verzicht auf Faustpfänder im Sinai echte Friedensaussichten einzuhandeln hofft, war der Haupteinwand der Opposition. Wer demgegenüber darauf hinwies, dass Israel keine Wahl habe und sich, wenn schon nicht mit den Ägyptern, so doch jedenfalls mit den Amerikanern „arrangieren“ müsse, wurde und wird als Defaitist verschrien: die USA unter Ford und Kissinger seien nur eine vorübergehende Administration, und unter einem anderen Präsidenten könne die internationale Situation auch aus israelischer Sicht ganz andere Aspekte annehmen; das gelte, so meinen die Gegner des Abkommens, sowohl im positiven wie im negativen Sinne, und schon bekämen wieder die Isolationisten Auftrieb, die aus dem amerikanischen diplomatischen Engagement im Sinai — vom „technischen“ ganz zu schweigen — genau die Folgerungen ziehen, die wir zu vermeiden hoffen, nämlich erneute Abkehr der USA von ihren Bundesgenossen.

Es war bezeichnend für den Charakter des Abkommens mit Ägypten, dass die Schwierigkeiten der letzten Tage und Stunden sich gar nicht mehr auf die eigentliche Truppenentflechtung und die Demarkation der Pufferzonen im Sinai bezogen, sondern auf das Ausmass der amerikanischen Schützenhilfe für Israel als Kompensation für die Konzessionen hinsichtlich der Gebirgspässe und der Ölfelder. Hier kann nur die Zukunft lehren, ob die Opti-

misten recht behalten werden, die ein kalkuliertes Risiko für geboten halten im Vertrauen auf Fortdauer und vor allem Ausmass der zugesagten amerikanischen Lieferungen an Waffen, Brennstoff und Lebensmittel, oder ob — wie die Pessimisten meinen — die jetzt eingeleitete Rückzugsbewegung im Sinai nur der Anfang einer Kette von neuen arabischen Forderungen mit amerikanischer Förderung sein werde, d.h. ob man, wie mit einem Schlagwort behauptet, „am Mittle auch Kuneitra verteidigt“ habe. Verteidigungsminister Peres jedoch, der gewiss nicht im Verdacht steht, zu den „Tauben“ zu gehören, sieht das Abkommen mit Ägypten in einem ganz anderen Licht als die bisherigen Waffenstillstands- und Entflechtungsverträge.


Dieses Teilabkommen ist — darüber sind sich alle einig — kein Friedensvertrag. Aber es enthält erstmals eine Gewaltverzichtsklausel sowie das Verbot der Androhung von Gewalt. Das ist an sich weniger, als Israel ursprünglich gefordert hatte, als es auf Anerkennung des Nichtkriegszustandes seitens Ägyptens bestand. Dies aber war nicht durchzusetzen. Die Völkerrechtsexperten streiten über die Bedeutung dieser beiden Begriffe. Wie immer steckt der Teufel im Detail, und wenn der Partner die Achtung von Gewaltanwendung und kriegerischen Drohungen befolgt, so wird die Praxis eine Periode der Beruhigung an unserer gesamten Südfrent schaffen, die sich sowohl materiell wie psychologisch günstig auf die

Gesamtsituation im Nahen Osten auswirken muss.

Hinzu kommt, dass Israel seinen Anspruch auf Suezkanal — Passagefreiheit für nichtmilitärische Güter durchgesetzt und Ägypten sich auch verpflichtet hat, keine Kriegsblockade-Massnahmen mehr auf den internationalen Wasserstrassen zu ergreifen. Wenn Kairo sich auch in einem neuen Krisenfall tatsächlich an diese Bestimmung hält, war das Abkommen alle aufgewendete Mühe wert.

Als dritte positiv zu bewertende Klausel sei schliesslich die Einsetzung von gemischten ägyptisch-israelischen Kommissionen zur Überwachung der Demarkationslinien genannt. Bereits bei den seinerzeitigen Waffenstillstandsverhandlungen auf Rhodos (im Jahre 1949) spielte das Projekt der Gemischten Kommissionen eine erhebliche Rolle. Man sah in ihnen — nach dem Vorbild der Pariser Friedensverträge von 1919 — eine Art Garantie für den reibungslosen Übergang von Nichtmehrkriegs- zum Friedenszustand. Im Nahen Osten waren die Gegensätze zu tief, als dass gemeinsame Ausschüsse der Kriegsparteien hätten wirksam werden können, und man musste zum UNO-Beobachterkorps und schliesslich zur UNO-Überwachungstruppe Zuflucht nehmen. Die Wiederaufnahme Gemischter Kommissionen ist daher ein günstiges Zeichen für den Willen Ägyptens, die Frontsituation im Sinai zu entschärfen. Ob im Verlaufe dieser „Entflechtung“ es auch in absehbarer Zeit offene Brücken über den Kanal geben wird wie heute über den Jordan, lässt sich zwar nicht voraussagen, aber doch nunmehr erhoffen. Und mehr als die Schaffung von Voraussetzungen für einen solchen „Brückenschlag“ war von Kissingers Bemühungen nicht zu erwarten.

AN UNSERE LESER
Die nächste Ausgabe des
erscheint am
Freitag, 26. September 1975.



(Schluss S. 8)

Die Kreditbremse wird angezogen

Noch vor kurzem wurde ein monatlicher Zinssatz von 3—3½% als Wucher verteuert, wenn man bei privaten Geldgebern borgen musste, weil die Hausbank kein Geld mehr herausrückte. Seit 1. September 1975 hat sich das geändert. Ein jährlicher Zinssatz von 36% ist kein Wucher mehr, sondern salonfähig und legal. Wer sein Bankkonto überzieht, mit oder ohne Absicht, ohne vorher die Einwilligung des Filialleiters einzuholen, muss sich darauf gefasst machen 37% Zinsen (im Jahresdurchschnitt) zu entrichten. Vom Stichtag ab haben die Banken im Land die Busse, die sie für Kontouberziehung eintreiben, von 10% auf 15% erhöht, zuzüglich dem offiziellen Zinssatz von 22%, der seit 1.9.75 auf 24% angehoben wurde, und das nur falls es sich um einen guten und bekannten Kunden handelt. Wer der Bank weniger bekannt ist oder keinen guten Namen als Schuldner hat oder mit seinen Zahlungen nicht immer pünktlich war, muss sogar mit einer Zinserhöhung um 3% pro Monat rechnen. Insgesamt wurde ab September der Debitorenzins auf 24—25%, ohne Zusatzgebühren, angehoben, während der Kreditorenzins für Sparer und kurzfristige Einlagen um 1% erhöht wurde.

Den israelischen Banken geht es nicht schlecht. Sie können sich kaum über schleppenden Geschäftsgang beklagen. Im Gegenteil. Im Vorjahr, 1974, waren ihre Reingewinne wesentlich höher als 1973. Sie lagen um 50—60% über dem Vorjahrstand. Die Eigenmittel und die Einlagen stiegen im Durchschnitt um 60—80%, das Kreditvolumen um 70%. Insgesamt machten alle Banken gute, manchmal sogar ausgezeichnete Geschäfte, obwohl sie auch im Vorjahr erhebliche Geldbussen an die Staatsbank entrichten mussten, weil sie die Liquiditätsvorschriften nicht einhielten und den Kunden mehr Gelder liehen als erlaubt war. Über 40 Millionen IL mussten die Banken an die Staatsbank entrichten, und dennoch konnten sie reiche Erträge ausweisen, gute Dividenden ausschütten und ihre Aktionäre mit fetten Bonussen und Anteilscheinen zufriedenstellen.

Liquiditätsdefizit

In den letzten Monaten aber ist

Verlag BITAON LTD. und Redaktion, Rambanstr. 15, Tel-Aviv, P.O.B. 1480, Tel. 61 44 11. Verantwortlich: Dr. Hans Tramer, Tel-Aviv, Registriert als Zeitung beim Hauptpostamt Jerusalem. Druck: Arieli Press Ltd., Tel-Aviv. Anzeigenannahme A. Reizes, Bne Dan Str. 12, Tel-Aviv, Tel. 45 84 61.

das israelische Bank- und Kreditgewerbe in ein arges Liquiditätsdefizit geschlittert. Es überstieg zeitweise 1,2 Milliarden IL, und nur nachdem das Finanzministerium wiederum Geld in die Wirtschaft pumpete, konnte der Fehlbetrag auf 800—900 Millionen IL gesenkt werden. Die Banken befanden sich hier in einer Zwangslage. Einerseits wollten und konnten sie ihre Kunden nicht vor den Kopf stossen und vergraulen; sie mussten ihnen weiterhin mit Krediten dienen. Andererseits gab es Liquiditätsschwierigkeiten, die zu grossen Geldbussen, die man von der Steuer nicht abziehen kann, führten und die Banken erheblich belasteten. Sie forderten vom Gouverneur der Staatsbank daher, entweder die Pflichtliquiditätssätze zu senken, die Pflichtbeteiligung an den verschiedenen Fonds herabzusetzen oder die Bussen auszusetzen oder wenigstens zu verringern. Der Gouverneur aber liess mit sich weder handeln noch reden und beharrte auf seiner Politik des Masshaltens und der Mässigung. „Sie ist ein integraler Teil unserer Wirtschaftspolitik“, verkündete Mosche Sanbar, „und wenn ich den Geldhahn lockere, spiele ich mit der Inflation“. Er riet daher den Banken den Zinssatz heraufzusetzen, um die „Geldsüchtigen“ abzuschrecken.

Die Banken hatten keinen Ausweg als diesem Ratschlag zu folgen. Daraufhin murrten die Industriellen und unkten bereits von einer neuen Teuerungswelle, die über Israel hereinbrechen müsse, wenn man den freien Kreditzinssatz um 2—3% anhebt. Auch die Landwirte und die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen protestierten, jedoch ohne Erfolg, Sanbar blieb hart. Vor der Leitung der Bankiersvereinigung versuchte er zu beweisen, dass das Kreditvolumen in Israel bei 16,5 Milliarden L liegt, davon ca. 11 Milliarden zu verbilligten und recht erheblich subventionierten Zinssätzen. Die Exportwirtschaft erhält ihr Geld zu 6% im Jahr, die Landwirtschaft und die Industrie zahlen nur 9—15%, ohne Indexbindung, und diese gesteuerten und verbilligten Kredite decken rund 55—65% des Finanzierungsbedarfs dieser Branchen. Demnach liegt der „freie“ Kredit bei bescheidenen 5 Milliarden IL oder rund 30% des ganzen Kreditvolumens. Das heisst: wenn man auch um 2—3% Zinsen mehr wird bezahlen müssen, wird diese Aufstockung nur einen marginalen Einfluss auf die gesamten Finanzierungskosten eines Unternehmens haben.

Bis zu 52% Zinsen im Jahr...

Es gibt viele Unternehmen, die auch bisher Geld zu Wucherzinsen borgten. Sie wendeten sich an die Geldmakler in der Lilienblumstrasse und zahlten 4% im Monat, — im Vorhinein, — zuzüglich einer Bankgarantie, die zusätzliche 4—5% kostet, je nach Bonität des Kreditnehmers. Insgesamt kostet solch ein Kredit bis zu 52% im Jahr, besonders wenn der Zins bereits im Vorhinein von den Rückzahlungsraten abgezogen wird. Das ändert die Rechnung vom Grund auf.

Auch die Versicherungsgesellschaften machten bisher lukrative Geschäfte, in dem sie freie Gelder allzuteuer legal verborgten. Wer die Bilanzen unserer Assekuranzen sorgfältig und aufmerksam liest, wird zur Einsicht gelangen, dass sie nicht vom Versicherungsgeschäft fett wurden, sondern vom Geldverleih zu Zinsen, die aber 1974 noch immer unter der Teuerungsrate von 56% lagen.

Einige Bankdirektoren, die ihre Klientel gut kennen, sind sehr skeptisch, ob die Zinssenkung von 2—3% die Geldsucher abschrecken

oder ob man nicht weiterhin die Bankschalter belagern wird, um zusätzliche Kredite aufzunehmen. Fast alle israelischen Unternehmen sind nicht ausreichend mit Eigenmitteln ausgestattet. Besonders der gemeinwirtschaftliche Sektor leidet an einer fast chronischen Geldknappheit, weil Eigenkapital und die gesetzlichen Rücklagen es kaum ermöglichen, den schnell anwachsenden Umsatz ausreichend zu finanzieren. Auch in der Privatindustrie ist die Lage kaum besser. Die Preise steigen, die schleichende Abwertung verteuert die Einfuhr, die Steuern werden höher, und um denselben Umsatz wie bisher zu finanzieren, benötigt man mehr Geld, das die Banken nur schwer und mühsam beschaffen können, ohne Bussezahlungen an die Staatsbank heraufzubeschwören.

Der Versuch der Staatsbank, die Kreditbremse enger anzuziehen, wird kaum erfolgreich sein, falls sich nicht auch der Fiskus einige Zurückhaltung auferlegt. Er beherrscht den Kreditmarkt und kann ihn nach Wunsch manipulieren.

J.C.

Glückwunsch für James Yaacow Rosenthal

Unter Kollegen ist es nicht üblich, sich Elogen zu machen. Doch keine Regel ohne Ausnahme. Wer den journalistischen und publizistischen Lebensweg von James Yaacow Rosenthal, der in diesen Tagen seinen siebzigsten Geburtstag feiert, aus nächster Nähe verfolgen konnte, kann nicht umhin, wenigstens einmal seiner Wertschätzung und Bewunderung Ausdruck zu geben ob dieser Fülle von Talent und Begabung, von jüdischem und allgemeinem Wissen, von Umgänglichkeit und Humor, von Herzenswärme und Verstandesschärfe.

Ob dem ehemaligen Juristen, der durch die Ereignisse des Jahres 1933 zum Umsatteln gezwungen wurde, das Hineinwachsen in den neuen Beruf des Journalisten, — zuerst als Korrespondent der Jüdischen Telegraphenagentur, dann als Redakteur deutschsprachiger Blätter im Lande und schliesslich als langjähriger Parlamentskorrespondent des „Haarez“ — wirklich schwer fiel? Man wagt es zu bezweifeln, denn erst in diesem seinem Beruf als Journalist und Publizist mit besonderer Vorliebe für die gesetzgeberische Arbeit fand James Yaacow Rosenthal das ihm geradezu auf den Leib geschriebene Betätigungsfeld. Was zuerst bei den deutschsprachigen Uebersetzungsblättern in — aus heutiger Sicht — „grauer Vorzeit“ nur mehr oder weniger eine Notlösung war,

verwandelte sich allmählich in ein journalistisches Spezialistentum, wie es kaum seinesgleichen hatte. „Presse-Echo“, „Jedioth Chada-shoth“ und „Hakidmah“ waren seine Stationen. Seine Wochenberichte über die Parlamentsitzungen zeugten von einer so gründlichen Sachkunde nicht nur des Knessetbetriebs, sondern auch der gesetzgeberischen Strukturen und Prozeduren, dass der Verleger des „Haarez“ auf den Autor aufmerksam wurde und ihm den Posten anbot, der im Laufe der Jahre J.Y.R., wie er zu signieren pflegte, zu einer Autorität auf dem Gebiet der „Parlamentskunde“ machte.

Im wohlverdienten Ruhestand verfolgt nun James Yaacow Rosenthal weiterhin mit angespanntem Interesse die Vorgänge im Lande. Auch wer seine politischen Uebersetzungen nicht teilt — und sie resultieren nicht nur aus seiner streng orthodoxen Einstellung, sondern auch aus einer, offenbar von Hegel beeinflussten Uebersetzung, von Staatsmacht und Staatsautorität, — wird ihm doch viele Jahre an der Seite seiner ebenbürtigen Partnerin und Gattin wünschen. Und wer sich seit Jahrzehnten mit der Familie verbunden fühlt, auch wenn man nur noch gelegentlich Grussworte wechseln kann, wird hoffen, dass diese Verbindung halten möge — ad mea we'essrim.

J. L.

Die neue militärische Lage auf der Sinai-Halbinsel

Auch in Vietnam habe es mit technischen Beratern begonnen, erklären amerikanische Senatoren und Abgeordnete, die gegen die Entsendung und Stationierung amerikanischer Zivilisten in israelischen und ägyptischen Warnstationen auf der Sinai-Halbinsel sind, wie es der Entwurf des Zwischenabkommens mit Ägypten vorsieht. Die Befürchtungen der Amerikaner sind begrifflich. Auf den ersten Blick scheinen hier wirklich Parallelen vorzuliegen. Mit einer äusserst begrenzten amerikanischen Präsenz, zunächst völlig harmlos scheinend, fing es an, dann ergaben sich Komplikationen, dann Verwicklungen und schliesslich ein militärisches Engagement, aus dem die USA nur mit Mühe und Not und nach schweren Opfern einen Ausweg fanden. Zivilisten, die die elektronischen Warnstationen im Sinai bemannen sollen, werden keine Instruktionen sein. Sie stehen nicht von vornherein auf Seiten einer der beiden Streitparteien, sondern befinden sich „auf der Wacht im Sinai“ auf ausdrücklichen Wunsch beider Vertragspartner, der Israelis wie der Ägypter. Sie sollen Alarm schlagen, wenn sie verdächtige Bewegungen sehen. Bei allem Vorbehalt gegen diese internationale militärische Überwachungsorganisation und bei aller Kenntnis ihrer tatsächlichen Handlungsunfähigkeit im echten Krisenfall, hat sie doch einen Symbolwert und ist eine Art Ausrufungszeichen: „Achtung, Weltöffentlichkeit präsent!“ Entsprechendes ist von den amerikanischen Technikern in den Radar-Stationen zu erwarten: „Achtung, Amerika hört mit!“

Warnstationen

Mindestens vier solche Warnstationen entlang der neuen UNO-Linie in der Pufferzone zwischen den Fronten der Ägypter und der Israelis sollen von den Amerikanern bemant werden. Die grosse Warnstation Um Hashiva dagegen, von der aus fast das ganze Gebiet des Suezkanals kontrolliert werden kann, bleibt in Händen israelischer Experten. Damit hat Israel unzweifelhaft einen taktischen Erfolg bei den Verhandlungen errungen. Für die Generäle in Kairo wie für die Sicherheitsfanatiker in Israel sind die Warnstationen jedenfalls eine wichtige Errungenschaft. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie militärisch tatsächlich unerlässlich sind.

Einen echten Erfolg haben die Ägypter dagegen dadurch erzielt, dass sie eine Landverbindung zu den Erdölfeldern von Abu Rodes

erhalten, also in Zukunft ihr Erdöl ungestört nach Ägypten bringen können. Allerdings wird die Strasse am Ostufer des Golfes von Suez von Ras Sudar nach Abu Rodes von den Israelis gemeinsam mit den Ägyptern kontrolliert werden. Der ganze Abschnitt ist demilitarisiert, in ihm darf es kein Militär geben, sondern nur eine ägyptische Zivilverwaltung.

Damit entfällt im Grunde der Einwand, den alle misstrauischen Israelis seit März in dieser Hinsicht stets parat hatten: dass sich nämlich nunmehr die Linien von knapp 200 auf 360 Kilometer verlängern, und dass daher die Verteidigung des Sinai mehr Soldaten erfordern werde als bisher. Zieht man jedoch in Betracht, dass die „Grenzzone“ zum entmilitarisierten Zivilgebiet der Erdölfelder 140 km beträgt, so bleiben 180 km als echte Frontlinie, d.h. weniger als bisher. Sollte es zu einer erneuten Verletzung der Abkommensbestimmungen durch die Ägypter kommen, so sind die Erdölfelder weitaus empfindlicher als die ihnen gegenüberüberliegenden, in israelischer Hand verbleibenden Wüstengebiete. Auch die Befürchtungen hinsichtlich der Erdölversorgung erscheinen zumindest übertrieben. Israel hat Reserven für mindestens ein halbes Jahr, und die Amerikaner haben zugesagt, Israels Brennstoffnöte auch im Kriegsfall zu berücksichtigen. Natürlich kann man den Wert jeder

amerikanischen Zusage anzweifeln, aber wer ohne jegliches Vertrauen in die Verhandlungen geht, der dürfte überhaupt niemals irgendein Abkommen schliessen.

Die „neue Linie“

Schon sprechen die Kontraktoren, die bisher mit dem Bau der diversen israelischen Verteidigungspositionen im Sinai beauftragt waren, von der „neuen Linie“. Schon berichten die Zeitungen vom Beginn des Baues neuer Stellungen. Es ist jedoch keineswegs daran gedacht, das bisherige System von in kontinuierlicher Linie angelegten Bunkern beizubehalten. Zahaldürfte im Grunde zu dem mobilen System zurückkehren, das jahrzehntelang die wirksamste israelische Verteidigung gewesen war: nicht in einer Art Maginotlinie zu sitzen und abzuwarten, was der Gegner tut, sondern im Kriegsfall unverzüglich durch die gegnerischen Linien vorzustossen.

Generalstabschef Mordechai Gur deutete dies an, als er kürzlich erklärte, das offene Gelände biete uns taktische Vorteile, wenn die Ägypter es wagen sollten, vorzustossen; sie werden dann taktische Probleme zu bewältigen haben, denen sie in der Vergangenheit nicht gegenüberstanden. Das alles soll nicht heissen, dass es keine neuen Stellungen geben wird, doch es bedeutet eine erhebliche Verstärkung der Mobilität der israelischen Streitkräfte, — eine Wendung, die auch psycholo-

gisch von grosser Wichtigkeit sein kann.

Was bisher kaum zum Ausdruck kam und durch das zähe Ringen um die elektronischen Kontrollstationen verdeckt wurde, darüber muss man sich nunmehr klar werden: ausser im äussersten Norden der Halbinsel stehen Israelis in ihren Verteidigungspositionen ohnehin vor unwirtlichen Gebirgszügen und kleinen Hügelketten, die garnicht so leicht zu durchqueren sind. Dadurch erhält die Verteidigung der Positionen ein ganz anderes Antlitz. Bei aller Bedeutung der Pässe Gidi und Mitle, um die seit März so erbittert diplomatisch gerungen wurde, sollte man auch ihre Bedeutung nicht übertreiben; denn es wäre keineswegs einfach, eine gut vorbereitete und wachsame Armee im bergigen Gelände der Sinaihalbinsel so zu überraschen, dass unverzüglich ein Durchbruch erfolgen könnte.

Keine „Ferien“ für Zahal

Vor einer Illusion allerdings, der wir uns so gerne hingeben würden, muss man sich hüten: dass wir aufgrund der zu erwartenden Entspannung im Süden und der Möglichkeit, die Zahl der dort zu stationierenden Truppen zu verringern, die anderen Fronten entsprechend verstärken können. Zahal wird nicht in der Lage sein, „in Ferien zu gehen“, erklärte der Generalstabschef, denn wir wissen nicht, was sich noch aus der „syrisch-jordanischen Romanze“ entwickeln kann, wie die Russen reagieren werden und wie die Terroristen. Selbst wenn, wie verlautet, der Reservecorps etwas verkürzt werden könnte, falls Ruhe herrscht, können wir doch nicht die Zahl der auf dem Gesamtgebiet der Sinai-Halbinsel stationierten Truppen drastisch reduzieren. Auch nach dem neuen Zwischenabkommen zwischen Jerusalem und Kairo wird die beste Garantie zur Aufrechterhaltung der Ruhe die Anwesenheit starker israelischer Verbände in diesem Gebiet bleiben.

Umdispositionen sind erforderlich, und die Kombination von neuen Stellungen mit mobilen Patrouillen wird auch die Anlage eines neuen Wegesystems erforderlich machen, an dem bereits gearbeitet wird. Im wesentlichen aber ändert sich die militärische Situation im Sinai nicht, und das mag für die Vielen, die nur allzu schnell bereit waren, unseren Unheilspropheten recht zu geben, ein gewisser Trost sein. Wir sind Risiken eingegangen, aber diese Risiken sind „kalkuliert“ und nach Ansicht der militärischen Experten durchaus vertretbar.

MARTIN BIELSKI

Erfrischend und Ermunternd



4711

Erleichternd an Fasttagen

Die Frankfurter Judengeschichte

Der „Evangelische Arbeitskreis Kirche und Israel in Eessen und Nassau“ hat im Monat Juni 1975 eine „Jüdisches Leben im alten Frankfurt“ betitelte Ausstellung in der Wandelhalle der Paulskirche veranstaltet. Der vom Stadtarchiv Frankfurt a. M. herausgegebene Katalog zeigt, dass diese Ausstellung, die vor allem dem verdienten Direktor des Stadtarchivs, Dr. Dietrich Andernacht und seinem Mitarbeiter Bernhard Reichel zu verdanken ist, eine reiche Zahl von Dokumenten zur Geschichte der Frankfurter Juden zusammengetragen hat. Die Ausstellung gliederte sich in vier grosse Unterteile: Der erste reicht von den Anfängen bis zum Beginn der neuen Zeit wobei die einzelnen Stadien der Frankfurter Judengeschichte deutlich hervortreten als „erste Gemeinde“ von 1150—1241, dann folgt eine „zweite Gemeinde“ von wieder hundert Jahren (1250—1349), die Zeit von 1360—1452 wird als „Neubeginn und Stättigkeit“ bezeichnet, während daraufhin Ghettoleben,

Verbote und Beschuldigungen, der Fettmilchaufstand, der Brand der Judengasse einander abwechseln, bis es um 1796 zum Ende des Ghettos kommt. Ein zweiter grosser Abschnitt behandelt Emanzipation und Schriftenstreit, Reform und Tradition sowie die bürgerliche Gleichstellung im Jahre 1864. Im dritten Teil wird die Entwicklung bis zum Dritten Reich nachgezeichnet, unter besonderer Berücksichtigung eines Kapitels „Rückbesinnung und neue Wege“ (Nobel, Rosenzweig, Buber). Den Abschluss bildet der Untergang — von Boykott und Auswanderung über die sog. Kristallnacht bis zur „Endlösung“. Unter den beigegebenen Bildern ist besonders eine zeitgenössische Darstellung des Brandes der Judengasse im Jahre 1711 und die brennende Synagoge, Börneplatz 1938 hervorzuheben. Mit der Ausstellung und dem Katalog wurde die bewegende Geschichte dieser „Muttergemeinde in Israel“ einer heutigen Generation vor Augen geführt.

H. T.

Baruch Asanja - 70 Jahre alt

Am 18. September 1975 wird unser Freund Baruch Asanja 70 Jahre alt. Er lebt unter uns, einer jener Männer, die in sich eine Synthese des Zionismus und der Geschichte der deutschen Alijah in dieser Zeit sowie aktiver fruchtbarer Tätigkeit im Jischuw, seiner Entwicklung und politischen Leitung in den letzten Jahrzehnten verkörpern. Sein Leben ein erfränkliches Beispiel eines erfüllten Lebens, das vor der Alijah in Deutschland begann und sich intensiv im Lande fortsetzte, wobei der Gipfelpunkt sein Knesset-Mandat während vieler Jahre (1951—1969) als Mitglied der Arbeiterpartei war.

Vielen Älteren unter uns ist er aus seiner Tätigkeit in Deutschland vor der Alijah bekannt, als er noch Boris Eisenstadt hiess. Geboren in Pinsk in Polen, besuchte er das Gymnasium in Königsberg und Danzig, studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Königsberg. Diese Jahre waren bereits mit aktiver zionistischer Tätigkeit erfüllt: er war stellvertretender Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe Danzig, führendes Mitglied der „Poale Zion“-Partei und in leitenden Positionen im „Hechaluz“ und „Habonim“.

Seine Mitgliedschaft in den Kibbuzim Gdil-Jam und Givat Chajim

(Ichud) und in der Arbeiterpartei war die folgerichtige Konsequenz seiner Einstellung zu den politischen Problemen des Zionismus, desgleichen die Tatsache, dass er auch nach Beendigung seiner fruchtbareren Tätigkeit in der Knesset seine öffentliche Tätigkeit nicht aufgab, sondern als Mitglied der Exekutive und Leiter der „Wa'adat Habikoret“ der Histadrut tätig war und in der Kulturarbeit als zeitweiliger Leiter des „Bet Ber“ der Partei und des Kulturzentrums der Histadrut fungierte. Wir gehen nicht fehl, wenn wir feststellen, dass Baruch Asanja für all diese Tätigkeit durch sein ebenso aktives Wirken nicht weniger wie durch seinen gewinnenden und lebenswürdigen Charakter prädestiniert war. Bei all dem fand er Zeit, auch in den Organisationen der Alijah aus Deutschland ständig mitzuwirken. Vielen von uns ist er aus einer Teilnahme an den Diskussionen auf den Tagungen des K.J.V. besonders vertraut. Wir wünschen Baruch noch viele Jahre der Gesundheit und des Wirkens in dem ihm gemässen Bahnen des Kibbuz, des öffentlichen Lebens, im Dienste der Erziehung der Jugend, zu seiner eigenen Befriedigung und zum Wohl des Landes.

W.P.

Erfolgsstory

einer blinden Journalistin

„Ich wurde 1947 in New York City geboren, so ungeduldig in die Welt zu gelangen, dass ich fast drei Monate zu früh ankam. Ich wurde in einen Inkubator gelegt und bekam eine solch konzentrierte Menge von Sauerstoff, dass ich erblindete.“

So beginnt die Selbstbiographie von Lea Levavi, die im März-Aprilheft der WIZO REVIEW unter dem Titel „Geschichten einer israelischen Journalistin“ erschien. Die Lebensgeschichte der jungen blinden Journalistin zeigt, mit welcher Energie und welchem Mut sie gegen die verschiedensten Widerstände ihren Weg ging: Schule und Universität in Amerika erfolgreich beendet, als 23jährige nach Israel, von den Einwanderungsbehörden in keiner Weise unterstützt, das Land erst zu lieben beginnend, nachdem sie es betreten hatte; wie sie dann, nach Rückkehr in die Vereinigten Staaten Hebräisch lernte, ihre Einwanderung bewerkstelligte, als Journalistin für die „Jerusalem Post“ zu arbeiten und zugleich ein neues Studium begann...

Studienfach Sozialwissenschaft und gehört zu einem Kreis von Blinden, die ihre eigenen Erfahrungen zur Förderung der allgemeinen Blindenhilfe anwenden wollen („ELAH“), — das ist bewundernswert.

Ein seltsames Zusammentreffen brachte mir am gleichen Tage die WIZO-Review mit der früher verfassten Selbstbiographie der jungen blinden Journalistin und einen Aufsatz von ihr ins Haus, der in der „Jerusalem Post“ vom 30. 7. unter der Überschrift „Warum kann der Blinde nicht den Blinden führen?“ erschien. Dieser Aufsatz spricht in der Form von Gesprächen mit verschiedenen blinden Studenten oder schon Berufstätigen von der Blinden-Organisation ELAH, die auf der in Jerusalem tagenden Internationalen Konferenz, auf der Probleme der jüdischen Blinden behandelt wurden, zum ersten Mal in die Öffentlichkeit trat. Dieser Zusammenschluss der vom gleichen Schicksal Betroffenen, den Einzelnen aus seiner Isolierung befreienden, Erfahrungen austauschenden Menschen ist neuartig und begrüssenswert.

Der Gedanke der Blindenförderung durch Blinde ist aber in Israel nicht neu. Schon 1951 kam Dr. Ludwig Cohn, der als 8-Jähriger erblindete und nach beendetem Studium als Organisator des Blindenwesens in Schlesien Bahnbrechendes leistete, bis ihn die Nazi-Regierung zur Auswanderung zwang, als Redner und helfender Gast ins Land. Durch ihn lernten wir das „Weltbild der Blinden“ zu verstehen. Er war der Gründer und Jahreshindurch der Förderer der ersten hebräischen Blindenbibliothek, zu deren Aufbau und Führung er einen Kreis einsatzbereiter und organisatorisch begabter Frauen in Nathania gewann. Er besuchte viele Betriebe, prüfte in ihnen die Arbeitsmöglichkeiten für blinde Arbeiter, überwand bei zögernden Arbeitgebern Bedenken gegen die Einreihung von Blinden in die Belegschaft, und überzeugte manch Widerstrebende durch die Sicherheit seines eigenen Orientierungsvermögens. Er veranlasste ausländische Organisationen, spezielle, dort erprobte Einrichtungen (z. B. Telefon-Zentralen, die statt Leuchtsignale Touzeichen geben) nach Israel zu schicken. Dr. Cohn ist es zu danken, dass (jedenfalls für geistig geschulte Blinde) der deprimierende Zwang aufhörte oder doch nachliess, in „geschützten Werkstätten“ durch primitives Weben oder Flechten einen kärglichen Lohn zu verdienen.

Auf dieser Pionierleistung kann ELAH unter Beachtung der inzwischen erfolgten Industrie-Entwicklung weiterbauen.

M. T.P.

GANAANTOURS • Tel. 229125, Tel-Aviv 113
BEN JEHUDA STR. 113

- SPEZIELLE, VERBILLIGTE REISE-ANGEBOTE**
- Nach Europa, USA, Südafrika, Südamerika
 - 4 Kontinente mit einer Flugkarte:
 - Südafrika, Südamerika, Nordamerika, Europa
 - Organisierte Gruppenreisen im OKTOBER:
 - USA 25 bis 45 Tage
 - Bund-um-die-Welt in 45 Tagen
 - Ferner Osten und Australien, 30 Tage.
- Für Ihre Auslands Gäste:
Hotels, Binnensflüge und Bustouren auch EILAT u. SINAI.

WIR GEBEN MEHR ALS NUR DIE KARTE!

Zum 10. Todestag von M. J. Ben-Gawriel

M. J. Ben-Gawriel, der im September 1965 in Jerusalem, wo er seit 1927 gewohnt hatte, verschied, war ein vielseitiger Journalist und Feuilletonist, vor allem humorvoller Schilderer orientalischer Typen. In dem auch verfilmten „Haus in der Karpfengasse“, das im nazibetzten Prag spielt, überraschte sein Einfühlungs- und Gestaltungsvermögen in der Darstellung eines europäischen Milieus, aus dem man ihn längst entrückt geglaubt hatte.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Ben-Gawriel zu Beginn seiner schriftstellerischen Laufbahn sich mit geradezu stürmischer Vehemenz von Europa abgewandt hatte. Seine Abschiedsproklamation war das im Jahre 1923 im Benjamin Harz-Verlag (Berlin-Wien) erschienene Buch „Die Pforte des Ostens — Das arabisch-jüdische Palästina vom panasiatischen Standpunkt aus“.

Der aus einer assimilierten Wiener Familie stammenden Mosche Jaakow Ben-Gawriel, geboren als Eugen Höflich, hatte seine erste Begegnung mit Palästina als österreichischer Offizier im Weltkrieg 1914/18, seine frühesten Kontakte mit der zionistischen Bewegung in den von Martin Buber beeinflussten Jugendkreisen. Ben-Gawriel war damals nicht der Einzige, der die Idee vertrat, dass für die Renaissance des jüdischen Volkes nicht ein rein jüdischer Staat mit den vor allem im Westen herausgebildeten Formen und Symbolen der Eigenstaatlichkeit erstrebbar sei, sondern „ein arabisch-jüdisches Palästina, wenn es zur Gemeinschaft friedlich miteinander lebender arabischer und jüdischer Gemeinden wird.“ Persönlichkeiten wie Jizchak Epstein, R. Benjamin, Nachum Sokolow, Arthur Ruppin, Hugo Bergman, Hans Kohn hatten ebenfalls gehofft, dass der gleiche, semitische Ursprung von Juden und Arabern zur Verständigung und zur Möglichkeit eines bi-nationalen politischen Gebildes beitragen werde.

★

Die angebliche Fehlentwicklung des Zionismus setzte nach Ben-Gawriel's emotioneller Betrachtungsweise ein, als dieser „die angestammte Rolle absoluter Neutralität“ verlassen und sich britisch orientiert hatte. Er meinte, durch die Annahme der Balfour-Deklaration „wurde die zionistische Organisation in eine Situation gedrängt, die der eines annektierten Negerfürsten, den man mit Pomp, Grammophonen und Glasperlen gefügig macht, verdammt ähnlich“ sah. „Der ungeheuerlichsten Versprechung, diesem unerhörten Staatsakt — der eigentlich nicht mehr sagte, als dass Juden nach Palästina gehen dürfen... — musste jene Groteske folgen, die Balfour mit Esra verglich, die

in die Hirne bedingungsloser Parteigenossen tagtäglich hineinhämmerte, dass Palästina so jüdisch sein werde wie England englisch. Warum? Einfach, weil der grosse Balfour es so will, und weil es die englischen Bajonette so befehlen. Punktum: die ganze innenpolitische Seite der Palästinafrage, die man mit kindlicher Naivität jahrelang übersehen, bestenfalls mit dem sonderbaren Vorschlag, die Araber des Landes in die Ebene des Nahr barada bei Damaskus umzusiedeln, erledigt hatte, die ganze Sache war durch einen Charter und zehn Freudenfeiern von London bis Lemberg abgetan, und die zionistische Exekutive war ihres Denkmals auf dem Oelberg sicher.“ Und weiter ging es in Ben-Gawriel's Text:

Die Annahme der Balfour-Deklaration habe den Zionismus zum „Schriftmacher Europas im Orient, zum englischen Kolonialclerk“ gemacht. Nach seiner Meinung verscherte sich der Zionismus in diesem historischen Augenblick die Möglichkeit, im Orient als Träger einer orientalischen Idee auftreten zu können, und „nahm das Schicksal eines Fremdkörpers auf sich, das Odium der Vertretung einer im Osten letzten Ende stets gehassten Macht, und wenn er zur Zeit der türkischen Herrschaft eine quantitative négligeable gewesen war, wurde er nun mit einem Schlage zu einem Zielpunkt des Hasses“.

Eine passionierte Attacke ritt Ben-Gawriel aber auch gegen Jabotinskys Pläne für eine neue „Jüdi-

sche Legion“. „Es kann nicht“, donnerte er, „Sinn unserer tausendjährigen Sehnsucht sein, das, was uns jahrhundertlang verzweifelt machte, was uns verfälschte und unsere Eigenart gefährdete, den Geist Europas, seine Formen und seine Äusserungen kritiklos in das Land der Verheissung mitzunehmen... Kann es Sinn einer neuen jüdischen Sendung sein, eine neue Galut, einen neuen Fremdkörper, entorientalisierte Orientalen im Orient einzunisten, bestenfalls die Fratze widerlichen Levantineriums zur Schau tragend, ein Bastard Europas und eines vergewaltigten Orients zu sein? Kann es der Sinn dieser historischen Tat sein, das Land mit Sodawasserfabriken zu beglücken, d. h. pars pro toto genommen: die Möglichkeit zu suchen, auf schnellste Weise reich zu werden, einen — um ein Wort David Ben-Gurions zu gebrauchen — Sodawasserzionismus zu propagieren oder ihm auch nur das Leben nicht zu unterbinden?“

Dass der Zionismus einen Stan nur dann erhält, wenn es ihm gelingt, im Geburtsland der Bibel eine bessere Gemeinschaft aufzubauen als die traditionelle kapitalistisch-europäische (oder kapitalistisch-amerikanische) — das war der Punkt, an dem sich die Schwärmerei des jungen Ben-Gawriel mit den sozialistischen Fernzielträumen des 1908 in Erez Israel eingewanderten David Ben-Gurion traf. Nur dass Ben-Gurion sich jeweils wenig Illusionen machte, weder über die menschlichen Begrenzungen seiner

zionistischen Weggenossen noch über die der arabischen Partner, während die Ben-Gawrielisten nicht müde wurden, ihren Zorn über die exeuropäischen Aspiranten eines neuen Levantineriums auszugießen. Ben-Gawriel war vielmehr geneigt, die Ideale des Ostens, besonders auch die in die deutsche Literatur übernommenen, als Grundlage der Kultur der arabischen Beduinen und Fellachen zu sehen, die nur darauf warten, durch den Bruderkuß des zionistischen Märchenprinzen aus hundertjährigem Dornröschenschlaf erweckt zu werden.

★

Hatte Ben-Gurion und seine Gruppe zu jener Zeit immerhin noch den marxistischen Marschallstab im Toralster und die Schriften Borochows und anderer sozialistisch-zionistischer Theoretiker in der Tasche, wollten die Ben-Gawrielisten, von diesen Theorien weniger beschwert, den reinen „Sozialismus des Orients, der im Alten Osten, im kanonischen Text des Judentums verankert, in der alten arabisch- (und auch jüdisch) beduinischen Stammesverfassung praktisch aufgezeigt ist.“

Das Aktionsprogramm, das Ben-Gawriel, mit diesem Ziel vor Augen, in seinem Pamphlet entwarf, war verhältnismässig bescheiden. Er dachte an die Gründung eines jüdisch-arabischen Vermittlungsamtes, besetzt mit palästinensischen Funktionären jüdischer und arabischer Nationalität, die, im Lande geboren, mit Sprachen, Sitten und Anschauung beider Völker völlig vertraut, interkommunale Streitigkeiten möglichst unter Ausschaltung der Mandatsmacht schlichten sollten; an intensivste Förderung des arabischen Sprachunterrichts; an Entsendung jüdischer Aerztesgruppen in arabische Gegenden in Erez Israel und Nachbarländer; an die Gründung einer jüdischen Tageszeitung in arabischer Sprache. Aber selbst wenn es damals den Ben-Gawrielisten und ihren Gesinnungsnachfolgern im „Brith Schalom“ und dem „Haachomer Hazair“ gelungen wäre, die einwandernden Juden mehr zu reorientalisieren und festere Brücken der Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern zu bauen — so gewaltige Ereignisse wie das gigantische Anwachsen der Hitlerbarbarei, der Zweite Weltkrieg, die Ausrottung der sechs Millionen und die Elefantiasis der arabischen Oel- und Nationalismuswelle hätten auch ihre Zukunftsvisionen erschüttert. Trotzdem bleibt Ben-Gawriels Buch Erinnerungswert als ein Dokument des guten Willens eines Idealisten, der seinem Volk helfen wollte, die Pforte nach dem Osten von neuem zu finden und zu öffnen.

Ignaz Emrich ל

Nach langem, geduldig ertragenem Leiden und trotzdem unerwartet verschied Dr. Ignaz Emrich kurz nach seinem 72. Geburtstag. Wenn auch körperlich behindert, lebte er doch bis zum letzten Tage in geistiger Frische. Täglich versammelten sich Verwandte und Freunde auf dem schönen Rasen vor dem Hause in der Pinskerstrasse in Haifa. Sie kamen zu Besuch und zu Gesprächen, die alle wirtschaftlichen und politischen Probleme unserer schweren Zeit berührten — Gespräche, an denen er sich bis zum letzten Tage lebhaft beteiligte.

Schon früh durch Blau-Weiss und K.J.V. dem Zionismus verbunden sah Ignaz Emrich sofort zu Beginn des Jahres 1933 die drohende Gefahr für das deutsche Judentum im Gegensatz zu vielen, bei deren grosser wirtschaftlicher oder politischer Position man mehr Weitblick hätte erwarten können. Diese seine Erkenntnis veranlasste ihn sofort mit seiner jungen Gattin, Deutschland zu verlassen und nach Erez Israel zu gehen. Das Studium der Nationalökonomie und seine aktive politische Einstellung führten ihn zu politischer und wirtschaftlicher Tätigkeit, die ihren besonderen Ausdruck in den Unternehmungen des Kreises der deutschen Alija fand.

Persönlichkeit unseres Freundes war seine erstaunliche, geradezu einmalige Gabe kritisch-kühler, scharfer Analyse in kommerziellen Dingen einerseits und die warmherzige Anteilnahme an dem Los derer, die aus sozialer Notlage auf Rat oder Hilfe angewiesen waren, andererseits. Diese beiden Eigenschaften machten ihn daher zu einem idealen Mitarbeiter bei der Erfüllung der Aufgaben der Kupat Milve Haoleh als deren Präsidialmitglied er über zehn Jahre mit uneingeschränkter Hilfsbereitschaft tätig war, bis zu der Überleitung der Kasse an die Bank Leumi. Auch bei seiner Mitarbeit im Präsidium des I.O.M.E. kam immer wieder die Verbindung von scharfem, kühlem Verstand mit warmem Mitgefühl für den Bedrängten zum Ausdruck und machte ihn unersetzlich in Erfüllung der Aufgaben dieser Institution. Ignaz Emrichs Gesundheitszustand im letzten Jahre erlebte ihn nicht mehr, tätig mitzuwirken an der Leitung des I.O.M.E., aber bis zu seinen letzten Tagen nahm er innigsten Anteil an den Problemen, vor die die Leitung des Elternheimes sich gestellt sah, und war sein häufig erteilter Rat eine wesentliche Hilfe bei der Realisierung der Aufgaben des I.O.M.E.

Unser Beileid gilt Isa Emrich und ihren Kindern Jedida und Eli.

S.D.

E. G.

Aus der Weltwirtschaft

Ausmasse der Inflation

Ziffern über die Zunahme der Konsumentenpreise in Europa, Amerika und Japan gehen aus einer Veröffentlichung des Sekretariats der OECD (Organisation für Wirtschaftszusammenarbeit und Entwicklung) hervor. In den 12 Monaten von Mai 1974 bis April 1975 betragen die Preiserhöhungen in den einzelnen dieser Organisation angeschlossenen Ländern:

Bundesrepublik Deutschland	6,1%
Oesterreich	8,6%
Schweiz	9,2%
USA	10,2%
Niederlande	10,3%
Kanada	11,1%
Frankreich	12,7%
Japan	13,6%

Belgien	14,4%
Italien	20,4%
Grossbritannien	21,7%

Noch aufschlussreicher ist eine Tabelle über den Kaufkraftschwund in den letzten fünf Jahren; die Kaufkraft-Verminderung in dieser Zeit betrug von 1969—1975 in:

Japan	40%
Grossbritannien	37%
Italien	35%
Dänemark	34%
Schweden	30%
Niederlande	30%
Frankreich	30%
Schweiz	29%
Oesterreich	27%
USA	26%
Bundesrepublik (BRD)	24%

Ebenso interessant ist ein Vergleich der Steigerung der Löhne

und Lebenshaltungskosten im Jahre 1974 zum vorhergehenden Jahre:

	Verbraucherpreise stiegen um:	Löhne stiegen um:
Italien	23,5%	19,1%
Frankreich	19,8%	13,4%
Belgien	18,5%	12,7%
Grossbritannien	18,3%	16%
Niederlande	15,2%	9,6%
Bundesrepublik Deutschland	9,8%	7%

Hieraus geht hervor, dass in den obigen 6 europäischen Ländern die Lohnsteigerungen im Jahre 1974 höher waren — teilweise erheblich — als die Steigerung der Konsumentenpreise.

Für unsere Leser von besonderem Interesse ist eine nach Angaben des Statistischen Bundesamtes errechnete Zusammenstellung der Kaufkraft der DM in Ausland-Beisegeld-Paritäten 1975:

Nach diesen Berechnungen ist

für die DM-Besitzer das günstigste Reiseland Jugoslawien, wo die DM 150% wert ist; in Grossbritannien, Italien, Spanien und Luxemburg 125%, in Oesterreich und Frankreich ist die Kaufkraft nur noch 6% höher, die Niederlande sind schon fast so teuer wie die Bundesrepublik, während in Dänemark die DM nur noch 85% wert ist und in der Schweiz sogar nur 80%.

H. O.

schallplatte

Tomaso Albinoni (1671—1750) Adagio in G-moll für Streicher und Orgel. Concerto G-moll für Oboe, Streicher und Continuo, op. 9,8. Concerto B-Dur für Violine, Streicher und Continuo, op. 9,1. Concerto F-Dur für zwei Oboen, Streicher und Continuo, op. 9,3. Concerto in G-moll für Violine, Streicher und Continuo, op. 10,8. — I Musici. PHONOOR 15004 Stereo (Made in Israel).

Tomaso Albinoni gehört, ebenso wie Geminiani, zu den Nachfahren Corellis. Aus seinem überreichen



Schaffen (u.a. 51 „Bel canto“ Opern) haben sich manche seiner Kammermusiken als lebensfähig erwiesen. Ein Werturteil über sei-

ne Kompositionen kann darin gesehen werden, dass kein Geringerer als J.S. Bach über drei Themen aus seinen Werken Fugen schrieb.

Das auf der vorliegenden Platte eingespielte Adagio in g-moll ist von dem einzigen Biographen Albinonis, Remo Giazotto, auf der Grundlage einer Generalbass-Stimme aus einer der Trio-Sonaten des Komponisten aufgezeichnet worden. Die ernste Schönheit dieser Komposition tritt durch die sehr intensive Darstellung des Ensembles „I Musici“ in Erscheinung, das von dem sehr gepflegten Orgelspiel von Maria Teresa Garatti ergänzt wird. Die drei Concerti aus dem opus 9 werden von kompetenten Solisten wiedergegeben, die gemeinsam mit den „I Musici“ für eine werktreue Reproduktion sorgen. Besonders eindrucksvoll ist im F-Dur-Konzert für zwei Oboen die stilgerechte Wiedergabe durch die beiden Bläuersolisten Heinz Holliger und Maurice Bourgue. Das Violinkonzert des erst in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts wiederentdeckten opus 10 wird durch den Geiger Roberto Micheli reproduziert, der sich besonders im Largo durch Wärme und Tonfülle auszeichnet.

h.s.

Aus der juedischen Welt

Die Prager Universität beabsichtigt, an dem Haus, in dem Einstein in Prag-Smichow gewohnt hat, eine Gedenktafel anbringen zu lassen, auf der vermerkt werden wird: „Hier lebte von April 1911 bis August 1912 Albert Einstein“. Einstein hat in dieser Zeit als ordentlicher Professor für theoretische Physik an der deutschen Universität in Prag gelehrt.

gediehen, dass nach den hohen Feiertagen Vertreter dieser Einrichtungen Arbeiten auf diesem Friedhof durchführen werden.

ISRAELISCH-DEUTSCHE GESELLSCHAFT

Die Leitung der „Israelisch-Deutschen Gesellschaft“ nahm in ihrer Sitzung vom 4. September 1975 (Vorsitz: Dr. Shaul Lewin) mit grosser Genugtuung zur Kenntnis, dass Prof. Dr. Benjamin Akzin (Emeritus für Verfassungsrecht und Politikwissenschaft der Universität Jerusalem) zur aktiven Mitarbeit im Präsidium der IDG zurückkehrte. Zusammen mit ihrem Präsidenten Dr. Lewin wird Prof. Akzin in der letzten Oktober-Woche — der Einladung von Präsident Heinz Westphal, MdB, folgend — an der Generalversammlung der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ in Düsseldorf, anschliessend an dem Seminar der DIG in Mülheim (Ruhr) teilnehmen.

Um den Friedhof der Adass Jisroel-Gemeinde in Ost-Berlin

Für die Jüdische Gemeinde von Gross-Berlin (Ost-Berlin) teilte deren Vorsitzender Dr. Kirchner in einem Brief an einen ehemaligen Berliner, der jetzt in Israel ansässig ist, mit, dass zu keiner Zeit beabsichtigt war, den Friedhof der Adass Jisroel-Gemeinde in Berlin-Weissensee einzuebnen bzw. das Gelände des noch nicht belegten Friedhofsteiles an eine andere Institution zu verkaufen. Die Vorabsprachen mit den Vertretern der Aktion Sühnezeichen und christlicher Jugendgemeinden sind soweit

Das Geschenk, mit dem Sie Ehre einlegen!

- Die Romane von HEINZ WEISENBERG

„MOSES — Prinz von Ägypten“
„MOSES DER BEFREIER“

E. Hirthammer Verlag, München

In- und Ausland empfohlen!

Wiesbadener Tagblatt: Sein Moses ist der Sieg der Inspiration und Integrität eines Menschen gegen Macht und Umstände.

DIE STIMME (Frieda Hebel): Weiteste Verbreitung wäre wünschenswert.

MB (Fritz Berger): Die Schilderung ist historisch fundiert, lebendig und spannend zu lesen.

Israel Nachrichten (M. Biel): Man ist voll Zustimmung, legt man das Buch aus der Hand ...

U. a. in den Buchhandlungen:

Landsberger, Tel-Aviv, Ben Jehuda 9
Lichtenstein, Tel-Aviv, Scheinkin 14 (Hof)
Sifri, Haifa, Hanassi 128; Ejn Hakoreh, Herzl 22
Wahrhaftig, Haifa, Herzl 51.

KOSTBARES SCHÖNHEITSREZEPT

In einem 1786 von Friedrich Nicolai in Berlin verlegtem Buche „Unterschrift in der natürlichen Magie“ eines Johann Nikolaus Martius findet sich folgende sehr wohlgemeinte Anweisung zur Erhaltung der Schönheit für die Damen der Gesellschaft:

Verabscheuen Sie, meine lehrbegierigen Schönen, alle verderbliche, blendende Schminke; es mag diese aus Markasit, Quecksilber oder Talk, nach der geheimsten spagyrischen Kunst bereitet seyn, wie sie wolle. Sie betrügen sich selbst am meisten damit. Sie verstopfen dadurch die reizbaren Fibern ihres schönen rothwangigten Gesichts, machen sich dadurch vor der natürlichen Zeit runzlich und verschaffen sich viel zu früh die Gestalt einer veralteter Matrone. Das grösste Geheimniss, das ich Ihnen über diesen Punkt aufkläre, ist: waschen Sie sich

einzig und allein mit derjenigen von unsern Göttern geweihten Flüssigkeit, welche Isis aus ihren Brüsten fliessen liess, und woraus auf unsern Planeten alle Flüsse bestehen; in der gemeinen Sprache Flusswasser genannt. Brauchen Sie es aber ja, wie es Ihnen die Götter, mit Lebenshauch besetzt, überliefern, ohne es über dem Feuer erst vorher erwärmen zu lassen. Damit verbinden Sie auch sorgfältig noch folgende kurze Lehren. Verlassen Sie früh Ihr Lager, damit die im königlichen Schmucke auffahrende Phöbus Sie nicht mehr im tiefen Schlummer antreffe. Besuchen Sie oft die prachtvollen Fluren zu Fuss, lernen Sie ordentlich und weise die Küche verwalten, einfache Speisen mit vaterländischen Gewächsen würzen und essen Sie mässig — so wird Ihre Schönheit blühen.

BLICK in die WELT

Lehren der Konferenz von Lima

Die grosse Schau von Lima ist mit schwungvollen Resolutionen zu Ende gegangen, die das Bedürfnis der sogenannten Dritten Welt nach Kompensation ihrer Ohnmacht durch Überbetonung ihrer rhetorischen Fähigkeiten wieder einmal befriedigte. Vorausgegangen war die Konferenz der Vereinigung der afrikanischen Staaten in Kampala, bei der man die politischen Ziele des schwarzen Kontinents vergeblich mit den Interessen der Ölseichs und Radikalinskis unter den Arabern in Einklang zu bringen versuchte.

Rund 500 Delegierte aus 82 Mitgliedsländern hatten sich in der peruanischen Hauptstadt Lima versammelt, 40 waren durch ihre Ausenminister vertreten. Die Konferenz hatte insofern Glück, als der unblutige Putsch im Gastgeberland, der einen neuen Präsidenten an die Macht brachte, erst am Schluss der Tagung in Szene ging. Der alte Präsident konnte also noch seines Amtes walten. Es bedarf wahrhaft keiner Ironie, mit der häufig die Bedeutung dieser sogenannten Dritten Welt, der „Blockfreien“, wie sie sich nennt, abgewertet wird durch den Hinweis auf die Unstabilität der in den meisten Staaten dieser Welt herrschenden Regime. Gleichwohl lässt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass zur Zeit der Tagung in Kampala der Präsident von Nigeria, — immerhin der grösste Staat Schwarzafrikas! — abgesetzt wurde, und dass um ein Haar dem Präsidenten des Gastgeberlandes Peru, dasselbe passiert wäre, hätten seine Gegner nicht auf ihre Gäste Rücksicht genommen. Die Frage drängt sich daher auf, wie viele der jetzt (noch) am Ruder befindlichen Präsidenten und Diktatoren ihr Land werden im nächsten Jahr bei der für 1976 nach Colombo (Sri Lanka, früher Ceylon) einberufenen Tagung der Blockfreien legitimerweise vertreten können...

Ein Solidaritätsfonds

Hauptaufgabe der Konferenz war die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Stärkung der gegenseitigen Solidarität und Hilfe auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Das Trauma der Kolonialzeit sitzt tief, und selbst in den Ländern, die sich schon im vorigen Jahrhundert von der Fremdherrschaft frei gemacht haben wie etwa auf dem südamerikanischen Kontinent, steigerte sich die Abneigung gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten im Laufe der Jahre von blosser Unmut über Anwesenheit zu offenem Wider-

stand.

Ein Beispiel dafür ist Panama, das die volle Souveränität über die Kanalzone beansprucht. In der 15 Kilometer breiten und 80 Kilometer langen, das Land zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean durchschneidenden Zone üben die USA seit 1903 aufgrund eines „ewigen Abkommens“ die vollen Hoheitsrechte aus. 14 Militärstützpunkte mit rund 15.000 Mann und einer riesigen zivilen Infrastruktur dienen dem amerikanischen Hauptquartier Süd als Zentrale zur Beobachtung und Beherrschung Mittel- und weiter Teile Südamerikas. Das wird heutzutage mehr und mehr als unzulässige Einnischung in die souveränen Rechte anderer Staaten empfunden, und in dem Masse, in dem in den USA der Widerstand gegen die Aufgabe einer solchen entscheidenden strategischen Stellung wächst, verstärkt sich in der Welt der „Blockfreien“ Unmut und Gegnerschaft gegen die „Kolonialmentalität“ der USA.

Doch ist Panama, wie gesagt, nur ein Beispiel. In Peru ging es daneben — oder in der Hauptsache — um die Ausarbeitung eines Statuts zur Schaffung eines Solidaritätsfonds für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder und um die Verwirklichung der seinerzeitigen Rohstoff-Konferenz von Dakar (Senegal). Bei dieser Konferenz (im Februar dieses Jahres) war die Schaffung eines Sonderfonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise sowie die Einsetzung eines koordinierenden Rates der Rohstoff-Produzenten beschlossen worden. Damit ergibt sich — man könnte fast sagen: natürlicherweise — eine Interessenkollision mit dem Kartell der ölfördernden Staaten, die denn auch bisher so gut wie nichts zur Linderung der Not und/oder zur wirtschaftlichen Entwicklung der armen Länder, über die sie immer wieder Krokodilstränen vergiessen, beigetragen haben. Bei der Hilfe für Terrororganisationen, die gegen westliche Positionen und Interessen vorgehen, sind sie grosszügig. Wo es sich aber um Unterstützung und Hilfe für echte Notlagen handelt, zeigen Ölseichs mit ihren Dollar-Millionen auffallende Zurückhaltung.

Vor der UNO-Tagung

Ein Sonderproblem der Lima-Konferenz war die Vorbereitung der UNO-Vollversammlung, um zu einer möglichst einheitlichen Stellungnahme der Blockfreien vor dem Weltforum zu gelangen. Auch hier sind sie sich in der Gegnerschaft gegen die Grossmächte viel eher einig als in konstruktiven Lösungen für die Weltprobleme. Das geht

vor allem aus dem Plan hervor das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates einzuschränken, die Einberufung des Sicherheitsrates bei Ausbruch von Konflikten obligatorisch zu machen und eine gemeinsame Position bei der Abänderung des bisher geltenden internationalen Seerechts zu beziehen. Sie wollen eine Ausdehnung der Hoheitszonen erwirken und damit die Reichweite der Territorialgewalt ganz wesentlich erweitern, — und dies nicht nur um der Fischerei-Rechte willen, sondern um den Staaten der Dritten Welt, die an einem Weltmeer liegen, das Gefühl zu geben, „auch wir sind wer“.

Das alles sind heisse Eisen. Aber die Dritte Welt fühlt sich bereits politisch so stark, dass sie die Weltmächte, wenn auch nicht zu einer völligen Schwankung ihrer Politik, so doch jedenfalls zu Rücksichtnahme auf die Wünsche der Blockfreien glauben zu können. So verlangt u.a. eine Resolution den Abzug aller fremden Streitkräfte von Cypern, verurteilt die de facto-Errichtung eines türkischen Staatswesens auf der Insel, unterstützt den Anspruch Argentiniens auf die immer noch britischen Falklandsinseln und spricht voller Entrüstung über die eigensüchtige amerikanische Politik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern, die immer noch von „imperialistischen amerikanischen Konzernen“ ausgebeutet werden.

Für den Geist der Tagung von Lima war bereits bezeichnend, dass Nordkorea, Nordvietnam, Panama sowie die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) als Vollmitglieder in die Organisation der Blockfreien aufgenommen wurden, während der entsprechende Antrag von Südkorea abgelehnt wurde. Die Aussenministerin der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam, Nguyen Thi Binh, bezeichnete die Beitrittsabsicht Südkoreas als „Versuch des amerikanischen Imperialismus, sich bei den Blockfreien einzuschleichen“. Die Aufnahme der PLO hinwiederum zeigt deutlich den Trend der Dritten Welt, bzw. ihrer gegenwärtigen Herrscher, jede Bewegung zu unterstützen und ihr sogar den Weg zur Eigenstaatlichkeit zu ebnen, die im Westen Gegnerschaft hervorruft und sich entweder gegen eine westliche Grossmacht oder einen mit einer solchen befreundeten Staat richtet. Nachdem Arafat bei der vorigen UNO-Tagung mit Applaus und Ehren empfangen und angehört wurde, war für die Blockfreien in Lima die Aufnahme der PLO als Vollmitglied nur noch die logische Konsequenz.

Wir sollten uns also auch da

keinen Illusionen hingeben: unser Widerstand gegen Terrorführung und Terrormethoden mag noch so legitim und taktisch wirksam sein, soweit es uns gelingt, die Terroristen an unseren Grenzen abzufangen, und insoweit wir uns weiterhin hartnäckig weigern, uns mit ihnen an einen Verhandlungstisch zu setzen, — die meisten Staaten der Welt sehen den Terrorismus, auch den palästinensischen, aus einer anderen Perspektive und billigen nicht nur seine Ziele, sondern auch seine Methoden, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Die Israel-Frage

Bei der Berichterstattung der hiesigen Presse über die Lima-Konferenz hatte man zuweilen den Eindruck, die Israel-Frage stehe im Mittelpunkt dieser Tagung, quasi in Fortsetzung der Afrika-Konferenz in Kampala. Genau so wie es dort den arabischen Hitzköpfen nicht gelang, im Resolutionsentwurf den Antrag auf Ausschluss Israels aus der UNO oder zumindest seine Suspendierung durchzusetzen, genau so scheiterten sie in Lima. Ihr Fehlschlag in Lima ist noch eklatanter, weil sie sich mit einer höchst verwässerten Formulierung begnügen mussten die auf Artikel 7 der UNO-Charta Bezug nimmt, in dem Sanktionen für den Fall der Weigerung, UNO-Resolutionen zu befolgen angedroht werden.

Syrien und die PLO-Vertretung gaben sich in Lima denkbar grösste Mühe, die Konferenz von der Notwendigkeit der Ausschluss-Androhung für Israel zu überzeugen. Einige afrikanische Staaten wie Liberia und Elfenbeinküste sowie die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder liessen sich von den Argumenten der Ägypter — und hinter den Kulissen auch der Amerikaner — leiten, dass gerade in dem Augenblick, in dem man vor dem Abschluss eines ägyptisch-israelischen Teilabkommens über den Sinai steht, eine antiisraelische Resolution alle diese Bemühungen mit einem Schlage zunichte machen würde. „Staatsmännern“ wie Ghadafi oder Arafat ist dies gleich, bzw. käme ihnen durchaus gelegen. Sadat aber sieht weiter. Die Folge ist eine lendenstarke Kompromiss-Resolution, die Ausschluss oder Suspendierung Israels mit keinem Wort erwähnt, zum „Ausgleich“ aber den Zionismus als „rassistische und imperialistische Bewegung“ brandmarkt. Dieser Rückfall in die revolutionär-arabische Rhetorik kann den Fehlschlag ihrer politischen Bemühungen kaum verdecken.

VERANTWORTUNG EINES RABBINERS

Das „MB“ brachte am 22. August eine längere Notiz unter der Überschrift „Der grosse Raw und der kleine Schochet“. Sie handelte von der in unserer Öffentlichkeit beanstandeten Stellung des rumänischen Oberrabbiners Dr. Schlomo Rosen und kommentierte den Fall in einer Weise, die zu Einwänden Anlass gibt.

Es geht um den Vorwurf gegen Rabbiner Rosen, einem „kleinen Schochet“ eines rumänischen Städtchens „mit etwa 700 Juden“ die gewünschte Auswanderung nach Israel mit Hilfe von „Mächtvollkommenheiten, die weit über das hinausgehen, was sonst rabbinischen Autoritäten in kommunistisch regierten Staaten zugestanden wird“, versperrt zu haben. — Der erste Teil dieser Kritik am Verhalten des Rabbiners ist eine Verniedlichung der Funktion jenes „kleinen“ Schochet. Der kürzlich bekannt gewordene Bericht eines englisch-jüdischen Parlamentariers über dessen Begegnung mit diesem Schochet Wassermann lässt deutlich erkennen, dass der Schochet de facto eine religiöse Betreuungs-Funktion erfüllt, die wir in der Gemeindegeschichte der Diaspora-Juden als „Schaz-Maz“ kennen: d.h. als eines Platzhalters und Ersatzes für den fehlenden Rabbiner. Sein Fortgang käme demnach einer geistigen Verwaisung der von ihm betreuten Juden gleich. Die Unterstreichung der geringen Zahl der betroffenen Juden erscheint uns nicht nur irrelevant, sondern — von einem Israel her, das Hundertschaften von Juden sehr wohl zu würdigen weiss, falls sie z.B. Kibbuz heissen — als deplaciert. Der andere Teil der Kritik schmeckt fast nach Denunziation: Wahrscheinlich stimmt, dass sich Dr. Rosen ungewöhnlichen Respekts seitens der rumänischen Regierung erfreut, es fragt sich aber, was uns in Israel legitimiert, deshalb die jüdische Motivation des Rabbiners in Frage zu stellen. Wird in der Notiz des weiteren beanstandet, woher „selbst der Oberrabbiner des Landes“ sich das Recht nehme, „einen Juden an der Alijah zu hindern“, unterstellt man Dr. Rosen rabbinische Ignoranz (schon Meir von Rothenburg, dem Rabbiner Rosen gewiss bekannt, stellte die Alijah-Pflicht über selbst Respekt vor Eltern, doch ist jenes „einem Juden“ eben eine Verniedlichung, da es sich gar nicht um irgendeinen Juden handelt, sondern um ein Gemeindeoberhaupt).

Wird da fernerhin moniert, Dr. Rosens Einspruch gegen die Alijah dieses einen Mannes widerspreche dem „israelischen Blickkehrgesetz und Grundprinzipien, auf denen der Staat Israel beruht“, ja — „man sollte nicht, um eines Gemeindegemeinschaften willen(!), das Recht des Individuums auf freie Gestaltung seines Lebens be-

hindern“, wird — so meinen wir — das erlaubte Maass israelischer Ansprüche an Juden der Diaspora weit überschritten. In der Diaspora leben heute immer noch dreimal so viele Juden wie in Israel. Bei aller politisch-israelischen Berechtigung (im Falle von unter Diktatur Lebenden: sogar moralischer Vertretbarkeit), unserem Staate das Maximum an Einwanderung zu wünschen, dürfen selbst die fanatischsten Fahnenträger einer von uns angefochtenen „zionistischen“ Konzeption der Alijah-Pflicht aller Diaspora-Juden nicht abstreiten, wie wichtig für Israels Wohlergehen bleibt, dass grosse Massen draussen lebender Juden dort weiterexistieren können! (Für die 6 Millionen USA-Juden würde mindestens der israelische Finanzminister dies nicht bestreiten).

Was jedoch das „Recht des (jüdischen) Individuums auf freie Ge-

staltung seines Lebens“ anbetrifft, so erscheint uns dieser Einwand gegen ein Veto des Landesrabbiners als völlig irrelevant. Oft genug, auch im „MB“, wurde darauf hingewiesen, dass es jedenfalls eine „grundsätzliche“ Differenz zwischen Diaspora und Israel gibt: Die Juden der Diaspora sind (und bleiben) Juden in dem gleichen Masse, in dem sie um ihre Synagoge geeint sind, sich also zu jüdischen Inhalten und Traditionen bekennen. Wir ersparen uns hier die Illustrierung dessen, was „freie Lebensgestaltung des (jüdischen) Individuums“ im Staate Israel für die Mehrheit seiner Bewohner tatsächlich bedeutet. Doch stellen wir das unbezweifelbare Recht, ja die Verantwortlichkeit des Diaspora-Rabbiners heraus, dafür zuständig zu sein, die Grenze jener „individuellen Freiheit“ dort zu ziehen, wo es um Spitzenfunktionäre verstreuter Gemeinden geht.

Unschwer liessen sich aus der jüdischen Geschichte dafür Beispiele erbringen, wie oft die blosser Verantwortlichkeit der geistigen (geistlichen) Führung ihre Gemeinschaften durch alle Fährnisse hindurch rettete. Gross ist die Zahl jener Rabbiner und „kleinen Schochets“, denen selbstverständlich war, freiwillig bei ihren Getreuen auszuhalten, selbst zu bitterem Ende.

So meinen wir denn, es sei keineswegs die Funktion oder Berechtigung Israels, mit kritischem oder gar höhnischem Finger auf jene frommen Gemeindeführer der Diaspora zu zeigen, die als ihre Pflicht betrachten, ihre Gemeinschaften so lange wie möglich, so jüdisch wie möglich lebend zu erhalten. Das wäre gegen das ureigenste Interesse Israels als Wegweiser und Zuflucht des jüdischen Volkes in unserer Zeit.

ELI BOTSCHILD

Schweigende Mehrheit - (Schluss)

Die Gegner des Zwischenabkommens mit Ägypten waren nicht nur auf die Strasse gegangen, um ihren Widerstand in stürmischen Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen, sondern sie hatten auch die Strasse mobilisiert. Die Grenze zwischen legitimen Anspruch auf freie Meinungsäusserung und unerlaubtem Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde fliessend. Ein wirklich demokratisches Regime muss auch und gerade Gruppen, die die Ansicht einer Minderheit der Gesamtvölkerung vertreten, die Möglichkeit geben sich zu artikulieren. In dem Masse, in dem die Gemüter erregt und erhitzt sind und echte Gegensätze über den einzuschlagenden Weg der Sicherheitspolitik zu Tage treten, wächst die Gefahr von Zusammenstössen, weil die zivilen Sicherheitsorgane verpflichtet sind, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und empfindliche Störungen des Strassenverkehrs zu verhindern und/oder notfalls mit Gewalt zu beseitigen. Damit gerät die Ordnungsmacht fast zwangsläufig in einen Hexenkreis: greift sie energisch ein, setzt sie sich dem Vorwurf aus, das Demonstrationsrecht zu beeinträchtigen; reagiert sie lasch und nachgiebig, leidet das Ansehen der Zentralbehörden, als deren verlängerter Arm sie fungiert.

Genau dies war die Situation, in die die Führung von „Gusch Emunim“ und Jung-Cheruth die Polizei hineinmanövrierte. Wir haben in Israel schon mehrfach stürmische Demonstrationen, gefolgt von blätigen Zusammenstössen mit der Polizei, erlebt. Wadi Salib, Schehunath Hatikwah, Schwarze Panther-Aktion sind die eklatantesten Beispiele dieses Kapitels unserer kurzen Staatsgeschichte gewesen. Dazu gesellt sich — bei denen, die da-

mals schon im Lande weilten, unvergessen! — der versuchte Sturm auf das Gebäude, in dem die Knesseth provisorisch tagte, als das Reparationsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Tagesordnung stand, — ein Ereignis, das in unserer Parlamentsgeschichte ohne Präzedenz ist und die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der Führer in Frage stellt, die damals wie heute an der Spitze der Neinsager-Front stehen.

Was Wadi Salib und Schehunath Hatikwa von diesem Sturm auf die Knesseth und den jetzigen Demonstrationen unterscheidet, war die Spontaneität, des Ausbruchs, der soziale Hintergrund, das Gefühl der Diskriminierung unterprivilegierter Stummbewohner gegenüber den Altangesessenen und den „herrschenden“ Schichten. Davon konnte diesmal keine Rede sein. Diesmal hatte — wie bei dem Sturm auf die Knesseth 1952 — eine entschlossene, mit der Taktik der Organisation des Volkszornes sehr vertraute Führung das Heft in der Hand. Die Massen wurden bewusst und geschickt an die Stellen gelenkt, an denen vom Widerstand gegen die herausgeforderte Staatsgewalt die grösste Publizität zu erwarten war.

All dies ist an sich bedenklich. Es wird noch bedenklicher, wenn es etwa jemals einem „Führer“ — er sei auch, wer er sei — gelingen sollte, die Glaschandschuhe abzustreifen und gestützt auf sein — vorgebliches oder vorhandenes — Charisma das demokratisch-parlamentarische System aus den Angeln zu heben. Niemals lassen sich im vorhinem Erfolgsaussichten eines Putschs berechnen. Wir sind auch überzeugt, dass er bisher noch in keinem der erwähnten Fälle beachtetigt war. Aber die Voraus-

setzungen liegen vor, als da sind: zentrale Planung, organisatorische Fähigkeiten, taktisches Geschick und vor allem: Volksmassen, die unter dem Deckmantel hehrer Ziele sich auch für Zwecke einspannen lassen, die mit dem eigentlichen Sicherheitsfragen nichts mehr zu tun haben.

Das ist die Gefahr, die von militanten Minoritäten ausgeht. Mit dieser Gefahr hat das demokratische Gemeinwesen zu leben. Es ist ein schmaler Grat, der am Abgrund vorbeiführt, der zum Absturz in den Totalitarismus führen kann. Und sage jetzt niemand mehr: „it can't happen here“ (bei uns ist das nicht möglich). Wir sind gewarnt!

GABRIEL ILAN

SPRACHEN DER WELT

Russisch ist die am weitesten verbreiteste Sprache in Europa: 99 Millionen sprechen diese Sprache. Danach folgt Deutsch, das die Muttersprache von 90 Millionen Menschen ist. Englisch wird von 57 Millionen gesprochen, Italienisch von 55 Millionen und Französisch von 53 Millionen. Ganz anders sieht die Sprachenverteilung im Weltmassstab aus: an erster Stelle steht Chinesisch, die Muttersprache von 780 Millionen Menschen. Englisch sprechen 320 Millionen in der Welt. Hindi (Indisch) 220 Millionen, Spanisch wird von 215 Millionen gesprochen, Russisch von 142 Millionen, Malayisch von 87 Millionen, Französisch sprechen 70 Millionen Menschen in der Welt und Italienisch 62 Millionen. Japanisch, Arabisch, Bengali, Portugiesisch und Deutsch werden von je 100 bis 110 Millionen in der Welt gesprochen.